

Ergebnisprotokoll und Beschlüsse der Perspektivendiskussion des Berliner Sozialbündnis vom 18.4. und 25.4.04

Am 18.4. nahmen zwischen 40 – 50 Personen und am 25.4. rund 25 Personen an der Diskussion teil.

18.4.04

Die Diskussionsvorlagen der Gruppe Arbeitermacht und von Rainer Wahls/ Michael Hammerbacher wurden vorgestellt. Download unter www.sozialbuendnis-berlin.de unter Material.

In einer zweistündigen Diskussion wurden die Aktivitäten vom 1.11.03 (bundesweite Großdemo), 13.12.03 (Demo gegen Sozialkürzungen in Berlin und Bund), 15.1.04 (Belagerung Abgeordnetenhaus anlässlich 1. Lesung Kürzungshaushalt), 17./18.3.04 (Demo/ Kundgebungen anlässlich 3. Lesung Kürzungshaushalt), 20.3.04 (Demo gegen Krieg und Besatzung/ Global-Action Day) und am 2.4.04 (betriebliche Kundgebung vor Siemens)/ 3.4.04 (bundesweite Großdemo Teil II) ausgewertet.

Die bundesweiten Projekte wurden als Erfolg gewertet. Das Berliner Sozialbündnis musste in der Vorbereitung zum 3.4.04 eine fehlende bundesweite Arbeitsstruktur ersetzen. Dies wurde im Rahmen der Möglichkeiten vom Sozialbündnis und insbesondere der AG Gewerkschafts (-kontakte) erfolgreich umgesetzt.

Eher Anlass zur kritischen Reflexion lieferten die Aktivitäten auf Berliner Ebene (15.1.03 ca.3000 TeilnehmerInnen, 17./18.3 max. 1500 und 20.3.04 max. 2000, 2.4.04 150). Ein großes Medienecho bei der Kampagne gegen den Doppelhaushalt stand die mangelnde Verankerung in der Projekteszene und in anderen sozialen Bereichen der Stadt gegenüber. Ein in der Diskussion genannter Grund dafür, ist die langjährig praktizierte Klientel- und Lobbypolitik auf Bezirksebene großer Teile der Projekteszene. Für die Ebene der Betriebe - am Beispiel der Kundgebung am 2.4.04 – ist ebenfalls entsprechende Nachholbedarf anhand bestehender Konflikte (Vivantes und BVG) nötig.

Trotz der kritischen Anmerkungen wurde ein positives Fazit der vergangenen sechs Monate „Berliner Sozialbündnis“ gezogen. So überrascht nicht, dass die Weiterarbeit des Bündnisses beschlossen wurde.

25.4.04

In etwas kleinerer Runde wurde zuerst ein Papier der Gruppe „Neue Einheit“ vorgestellt. Nach ca. 90 Minuten Diskussion wurden, anschließend an die Diskussion und Ergebnisse vom 18.4.04, folgende Beschlüsse zur Weiterarbeit gefällt.

Beschlüsse zur Perspektivendiskussion

1. **Das Berliner Sozialbündnis setzt seine Arbeit fort.**
2. **Ein Flugblatt zur Darstellung des Berliner-Sozialbündnis wird zum 1. Mai erarbeitet. Die Endredaktion findet auf der offenen Koordination am 29.4.04 statt. Kontakt: rwahls@gmx.net**
3. **Das Berliner Sozialbündnis führt eine Kampagne gegen die Privatisierung öffentlicher Betriebe durch. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Beschäftigten von Vivantes und der BVG werden in den kommenden Wochen geprüft. Kontakt: whalbauer@web.de**
4. **Das Berliner Sozialbündnis richtet eine AG ein, um anlässlich der Wahl des EX-IWF-Managers Köhler zum Bundespräsidenten am 28.5.05 aktiv zu werden. Es soll neoliberale Praxis und Ideologie thematisiert werden. Kontakt: Micha1506@web.de**
5. **Der stadtpolitische Kongress ist ein zentrales Projekt des Sozialbündnis. Alle werden aufgefordert ihm eine entsprechende Größe und inhaltliche Tiefe zu verschaffen.**
6. **Auf einem kommenden Plenum des Berliner Sozialbündnis (So.,9.5. oder 23.5.04) wird über die Beteiligung an einem Volksbegehren entschieden.**
7. **Das Berliner Sozialbündnis trifft sich alle zwei Wochen Sonntags um 18 Uhr vorerst im ver.di-Haus, Köpenickerstr. 55, Kbg./ Mitte. Die nächsten Termine sind der 9.5.04 und der 23.5.04 . Die offene Koordination tagt jeweils am Do. 19 Uhr vor dem Bündnisplenum auch im ver.di - Haus. Kontakt: michael-pruetz@gmx.de**

WEIL DIESE STADT UNSERE STADT IST - brauchen wir ein BERLINER SOZIALBÜNDNIS !

In Berlin ist einiges in Bewegung geraten. Es gab in den vergangenen Monaten Proteste gegen die Erhöhung der Kita-Gebühren, die Kürzungen in den Bereichen der Kultur- und Sozialprojekte, es gab den Widerstand der LehrerInnen und SchülerInnen, den der Studierenden und den der Gewerkschaften, gegen die „Repressanda“ 2010 der rot-grünen Bundesregierung. Berlin ist die Hauptstadt der Demonstrationen, nur ist der Berliner Senat und auch keine Bundesregierung beeindruckt von einem isolierten Widerstand in der Stadt und in der Gesellschaft.

Im Dezember wurde deshalb das „**Bündnis gegen Sozial- und Bildungsraub**“ gegründet, um die verschiedenen Proteste und Bewegungen zu bündeln. In diesem Berliner Sozialbündnis arbeiten engagierte Einzelpersonen, linke GewerkschaftsvertreterInnen, linke Initiativen, und andere eigenständige Strukturen wie Attac, die Berliner FriedensKoordination, ACT oder der Streikkoordination der Berliner Hochschulen und das Anti-Harz-Bündnis zusammen.

Uns verbindet eine gemeinsame Auseinandersetzung um eine lebenswerte Stadt:

- um die Sicherung der dafür notwendigen Daseinsfürsorge für SozialhilfeempfängerInnen und Erwerbslose
- eine ausreichende kostenlose medizinische Betreuung für alle, auch für die obdachlosen und „illegalisierten“ Menschen in dieser Stadt,
- für das Recht auf Mobilität und der Teilnahme am kulturellen und öffentlichen Leben in Berlin.

Wir kämpfen gemeinsam gegen den neoliberalen Umbau in der Stadt und in der Gesellschaft:

- gegen den systematischen Entzug der Grundlagen der Selbsthilfe und für eine soziale Grundsicherung.
- Wir brauchen „Soziale Zentren“ in Berlin, in den Betroffene dieses gesellschaftlichen Umbaus Hilfe und Rat bekommen, wo Selbsthilfe und der Widerstand für ein Recht auf Selbstbestimmung ermöglicht wird.
- gegen die Privatisierung und Aneignung des öffentlichen Eigentums,

Deshalb agieren wir als ein **stadtübergreifendes Bündnis**, das versucht, in sozialen Auseinandersetzungen gegenüber dem Senat und in den Berliner Betrieben die Interessen der Erwerbstätigen, den Widerstand von Gewerkschaften, Betriebsräten und Projektesnetzwerken mit den Protestbewegungen in dieser Stadt zu verbinden. Wir verstehen uns als einen Knotenpunkt im Netz des sozialen und politischen Widerstandes; unterstützen deshalb die Bündnisse in unserem Bündnis und beteiligen uns an der bundesweiten Koordinierung im Rahmen des „Frankfurter Ratschlags“ und innerhalb der Bewegung eines Welt-Sozialforums.

Eine andere Stadt, eine andere Gesellschaft ist möglich! Die Politik des sozialen Ausgleichs ist aufgekündigt. Ein Drittel dieser Gesellschaft wird über die staatliche Repression der Hartz-Gesetze gezwungen, sich für jeden Preis in dem prekären Billiglohnssektor zu verkaufen. Selbst das privilegierte Drittel der BesitzerInnen formaler und tariflich gesicherten Arbeitsverhältnisse erlebt einen offenen „Klassenkampf von oben“, der auf eine sozialstaatliche Rhetorik verzichtet. Das Gemeinwohl wird seit Jahren von den erwerbstätigen SteuerzahlerInnen finanziert und von keinem Großkonzern.

Wir müssen unsere Interessen selber vertreten. Vor den Wahlen wurde vom SPD/PDS-Senat ein politischer Mentalitätswechsel versprochen, heute wird von ihm die politische Al-

